

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
für Monat November m.
in der Gesamtsiedlung 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungshändler 300.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Bernsprecher: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundschriftzeile in
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.— M
Beflammteil 120.— M
Für Anträge aus
Deutschland 3.50 M
im Beflammteil 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Ozekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Recht oder Gewalt?

In Nr. 200 des "Posener Tageblattes" wurden in einem Leitartikel unter der Überschrift "Vor Tagesschluß" Ausschreibungen des "Dziennik Pozn." behandelt, die sich mit der Lage der Polen in dem deutschsprechenden Teil Oberschlesiens beschäftigen und in denen Repressalien verlangt wurden für den Fall, daß nicht alle Wünsche der Polen dort erfüllt werden sollten. Gegenüber dem Verlangen des "Dziennik Pozn." nach einem besondern Abkommen über den Schutz der polnischen Minderheit in jenem Gebiet wiesen wir darauf hin, daß es bis jetzt den durch ein Minderheitenschutzgeleye nicht geschützten Polen in Deutschland besser geht als den Deutschen in Polen, deren Rechte der polnische Staat feierlich und in der Theorie sich bindend durch einen Vertrag anerkannt hat. Wir führen eine Reihe von Fällen an, die nach unserer Auffassung eine Verlehnung der Bestimmungen jenes Vertrages bedeuten.

Die Dienstagsnummer des "Dziennik" bringt einen Leitartikel, der "Ohne Repressalien" überschrieben ist. Dort kommt das polnische Blatt auf seine ersten Ausschreibungen über die angebliche Notwendigkeit von Repressalien zurück und wendet sich gegen unsere Ausschreibungen, aus denen es hervorsteht, wir hätten der preußischen Regierung das Recht zugestanden, sich über die völkischen Minderheitsansprüche der Polen in Deutschland hinwegzusehen, während wir von der polnischen Regierung die Beachtung der vertraglich zugesicherten Minderheitsrechte forderten.

Nichts davon steht im Aussatz des "Posener Tageblatt". Der Kernpunkt unserer Ausschreibungen war der Hinweis daran, daß Repressalien unter allen Umständen ein sibel angebrachtes Mittel seien, da es sich fast nie feststellen ließe, wer mit der Politik, die die Repressalien erforderlich soll, angefangen hat, und daß, wenn man schon einer Repressalienpolitik das Wort redete, ebensogut Deutschland sich dazu für berechtigt halten könnte angesichts der oft schon gekennzeichneten Behandlung der deutschen Minderheit in Polen. Diesen eigentlich selbstverständlichen Gedanken leideten wir in die Form einer Reihe von Fragen, die der "Dziennik" unbeantwortet läßt. Diese Fragen lauieren:

"Wie aber, wenn Deutschland so, wie der "Dziennik" es freundlichst vorschlägt, die Polen in dem deutsch verbleibenden Teile Oberschlesiens zu Mitteln einer Repressalienpolitik machen würde für das, was bis jetzt den Deutschen in Polen angetan wurde, trotz Vorhandenseins eines Minderheitenschutzvertrages? Was würde geschehen, wenn Deutschland, so wie Polen es schon macht, hunderte von Ansiedlern und Bürgern ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit auf die Straße setzen würde? Wie würdet ihr schreiben, wenn in Deutschland deutschen Staatsbürgern polnischer Nationalität bei Grundstücksverkäufen die Auslassung verweigert würde, wie das polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität gegenüber in Polen geschieht? Wie würdet ihr töben, wenn in Deutschland unter der Etikette "Liquidation" solche Masseneinteilungen vor sich gingen, wie jetzt hier? Welch ein Geschrei würde sich erheben, wenn in Deutschland bei den Stadtvorordnetenwahlen für polnisch sprechende Kandidaten eine Sprachprüfung eingeführt würde, wie es bei uns hier deutschstämmigen Kandidaten gegenüber geschehen soll? Ist in dem Deutschland, das durch keinen Minderheitenschutzvertrag gebunden ist, ein Hundertstel dessen geschehen, was die Deutschen in Polen leiden müssen und noch leiden, obwohl dieses Polen sich durch einen solchen Vertrag gebunden hat?"

Statt diese Fragen zu beantworten, erklärt der "Dziennik", wir hätten einen gehässigen Ton angeschlagen, einen Ton, der allzu sehr an die Zeit der preußischen Gewaltpolitik erinnerte, einen Ton, der erkennen ließe, daß wir in echt preußischer Weise die Macht über das Recht stellten.

Das Gegenteil ist wahr. Wir sind stets mit vollster Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit dafür eingetreten, daß den Minderheiten ihr Recht wird und haben wiederholt mit klaren Worten ausgesprochen, daß selbstverständlich das Recht, dessen Wahrung wir hier in Polen für uns verlangen, auch den Polen drüben in Deutschland, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, gegeben und gewahrt werden muß. Immer und immer wieder haben wir betont, daß wir für die Deutschen in Polen ihr Recht und weiter nichts als eben ihr Recht verlangen. Wer uns als Vertreter einer Machtpolitik hinstellt, der hat uns nicht verstanden oder will uns nicht verstehen.

"Uns?" Wir sprechen zunächst pro domo und meinen mit "uns" die Schriftleitung des "Posener Tageblattes". Aber wir können den Sinn des "uns" erweitern und das, was wir sagten, auf die Führer des hiesigen Deutschstums anwenden, die das polnische Blatt in diesem Zusammenhang auch wieder angreift, indem es am Schlusse seines Leitartikels erklärt: "Einigen Führern der deutschen Minderheit liegt daran, daß der Hass geschürt wird, und nichts ist ihnen so zuwider wie der Friede zwischen den Bewohnern unseres Landes und den Bürgern unseres Staates". Das ist blanke Phantasie, und wir wären dem "Dziennik" verbunden, wenn er uns diese merkwürdigen Führer zeigen oder mit Namen nennen würde. Gegenstandslos ist auch die freudliche an uns gerichtete Lehre, mit der das polnische Blatt seine Beitrachtungen schließt: "Man kann sich um das Wohl seiner Nation bemühen, ohne eine andere zu schädigen und ohne gegen den Staat zu heben". Diese Lehre ist als Lehre über-

flüssig, denn sie entspricht durchaus unserem eigenen Standpunkt, d. h. dem Standpunkt des "Posener Tageblattes" und dem Standpunkt der Führer des hiesigen Deutschstums. Und wir sind ganz und gar einer Ansicht mit dem "Dziennik Pozn.", wenn er an einer anderen Stelle desselben Aussatzes sagt: "Wir halten den Kampfzustand für unerwünscht im Interesse des Zusammenlebens der Völker und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den aneinander grenzenden Staaten".

Oberschlesien.

Wie es weiter gehen soll.

Der Botschafterrat hat den Generalsatzschluß, der vom Volksrat bearbeitet wurde, in vollem Umfang angenommen. Aber diese Tatsache an sich erschöpft bei weitem nicht die ganze oberschlesische Angelegenheit. Sie ist nicht der letzte Schritt in dieser Frage, die sich fast ins Unendliche hinzieht. Beendet ist die erste Etappe: über das von Oberschlesien ist das Urteil gefällt worden. Wir stehen jetzt in der Schwelle der zweiten Etappe, die ebenso langwierig sein kann, da es sich darum handelt, die Beschlüsse des Botschafterrates in die Tat umzusetzen. Erst dann, wenn dies erledigt sein wird, wenn Polen und Deutschland tatsächlich die ihnen guerlaunten Gebiete übernommen haben, — erst dann wird die dritte Etappe beginnen, deren Aufgabe eine langsame Liquidierung des Übergangsstadiums sein wird, das vom Botschafterrat angeordnet wurde das 15 Jahre dauern soll. Die Möglichkeit ist vorhanden, daß dieses Übergangsstadium auf manchen Gebieten noch früher erlebt werden kann. Dies kann aber nur unter der Bedingung eines klaren Einverständnisses der beiden interessierten Staaten erfolgen. Deswegen wird man von einer vollkommenen Beendigung der oberschlesischen Frage erst nach etlichen zwanzig Jahren sprechen können. Jetzt sind noch schwere und grundlegende Aufgaben zu lösen. Die zweite Etappe der oberschlesischen Angelegenheit kann man breit als eine Etappe der Arbeit bezeichnen. Es treten eine ganze Reihe von Kommissionen zusammen, von denen eine auf oberschlesischem Boden arbeiten und die Grenzlinie durchführen wird. Andere wieder werden über die Klausuren des wirtschaftlichen Vertrages wachen, um irgendeinen positiven Vertrag zwischen Polen und Deutschland herbeizuführen. Die eigentliche Arbeit der Grenzkommission, an deren Spitze General Dupon steht, ist äußerst schwer, weil jeder Fuß Erde, der der Teilung unterliegt, so wichtig ist, daß sich um ihn wichtige Kämpfe abspielen werden. Es handelt sich ja meist um Bergwerke oder Hütten, und diese sind sehr wertvolle Dinge, auf die keine Seite leicht verzichten will. Und wieviel Schwierigkeiten wird das Überbrücken der Meinungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten bieten!

Die polnische Delegation für Oberschlesien.

Warschau, 25. Oktober. (Tel.-L.) Gestern fand auf Veranlassung des Außenministers Skierkiew eine Sitzung der polnischen Mitglieder für die gemischte deutsch-polnische Kommission statt, die zur Beurteilung der Generalsatzschluß demnächst in Oppeln zusammenentreten wird. Jedes Mitglied der polnischen Vertretung vertritt einen Zweig des Staatsressorts, nämlich: Die Zivilverwaltung der Bawojszweide-Bz. Nowy Sącz, Finanzen — Abgeordneter Diamant, Justiz — Abgeordneter Sejda, Handel und Industrie — Ingenieur Kiedron, Kohlenangelegenheiten — Krasnobród Bz., Post und Telegraphie — Kowalewski, Eisenbahnen — Bismarckster Oberhardt und als technischer Beirat Oberstleutnant Bagzak, militärische Angelegenheiten — Oberstleutnant Nutzeba, Grenzangelegenheiten — Grenzkommissar Graf Szembek aus Polen. Als Vorsitzender der polnischen Delegation wird sich der Generalvomissar der Republik Polen in Danzig von Pluciński nach Oberschlesien begeben, und zu diesem Zweck sein Amt in Danzig auf die Dauer von 2 Monaten verlassen. Die polnische Delegation reist in den nächsten Tagen nach Oppeln ab.

Protest der deutschen Großstädte.

Bethen, 25. Oktober. (PAT.) Gestern fanden in allen Großstädten Deutschlands große Demonstrationen als Zeichen des Protestes gegen die Generalsatzschluß in der oberschlesischen Angelegenheit statt. Im Berliner Lustgarten versammelten sich nach Berichten der deutschen Zeitungen über 60 000 Menschen. In der Menge sah man Trauerzähne mit der Inschrift: "Wir geben Schlesien nicht heraus".

Breslau, 26. Oktober. (Tel.-L.) Aus Anlaß des Kaufes an dem deutschen Oberschlesien, hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß sämtliche städtischen Gebäude einschließlich Schulen auf Halbmast oder mit Trauerflor zu beflaggen sind.

Die Einstellungnahme der Parteien.

Berlin, 26. Oktober. (PAT.) Der Reichspräsident forderte von den Führern aller politischen Parteien, daß sie ihren Standpunkt in der oberschlesischen Angelegenheit kundgeben sollen. Die Mehrheitssozialisten sind für eine unmittelbare Aufnahme der Verhandlungen mit Polen. Die demokratischen Parteien sind für ein Verbleiben Wirths in Hinsicht auf das Wohl der Nation. Die Zentrumspartei und die Volkspartei lehnen die Generalsatzung ab.

Kleine Nachrichten.

Brüthen, 25. Oktober. (PAT.) Die deutschen Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung des Komitees der drei über die Generalsatzung. Zu diesem Komitee gehören Direktor Billinger von Seiten der Großindustrie, der Sekretär des Sozialistischen Arbeiterverbandes Bick von Seiten der Arbeiter und der Pfarrer Nielka von Seiten des Zentrums. Das Komitee erklärt, daß man in Verhandlungen mit Polen eintreten müsse, daß jedoch die Vorschläge des Volksverbundsrates keine Basis für die Verträge bilden können.

Oppeln, 26. Oktober. (PAT.) Graf Preßler, der Vertreter der deutschen Regierung bei der Regierungskommission in Oberschlesien, hat seinen Abschied eingereicht.

Brüthen, 25. Oktober. (PAT.) Die interalliierte Kommission verhängte über Hindenburg den Belagerungszustand. Der Straßenverkehr nach 9 Uhr ist verboten. — Alle Städte des Industriegebietes, alle Hütten, Bergwerke und Fabriken werden streng von der Gemeindepolizei, die aus Polen besteht, von der Abstimmungspolizei und den alliierten Truppen bewacht, um eventuelle Angriffe abzuwehren.

Aus dem Kreis Pleß wird berichtet, daß die vorläufige Verhölung, sowohl die polnische wie auch die deutsche, die Durchführung der Entscheidung in der oberschlesischen Angelegenheit mit Rücksicht auf die Gemeindepolizei sehr hauptsächlich aus Polen zusammensetzt. Die sorgfältig über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wacht.

Das polnisch-Danziger Abkommen unterzeichnet.

Warschau, 26. Oktober. Am Montag mittag stellte die Danziger Delegation dem Staatspräsidenten und einigen Ministern ihren Besuch ab. Daran fand im Großen Saal des Namysłowski-Palastes die feierliche Unterzeichnung des Vertrages statt. Um 5 Uhr nachmittags traten drei polnische Minister und die dänische Delegation in den Saal. Minister Sleszak eröffnete die Verhandlungen und erklärte dem Minister Bluczkowski das Wort, der eine Ansprache auf Polisch hielt, die sofort von einem Dolmetscher ins Deutsche übersetzt wurde. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Republik Polen und die freie Stadt Danzig schlossen auf Grund des Art. 104 des Versailler Vertrages das polnisch-Danziger Abkommen. Dieses Abkommen sah eine Reihe von Verträgen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig vor. Auf dieser Grundlage beauftragte mich die polnische Regierung, Verhandlungen zwecks Schließung dieser Verträge durchzuführen. Der Senat der freien Stadt Danzig ernannte den Senator Jewelowski zum Vorsitzenden dieser Verhandlungen. Feierlich eröffnet wurden diese Verhandlungen am 11. Februar d. Js. in Warschau. Aufgabe der Verhandlungen war es, die Polen in der freien Stadt Danzig durch den Versailler Vertrag und die Pariser Konvention zugekannte Rechte in die Tat umzusetzen. Wenn nicht in allen Punkten eine Verständigung erzielt wurde, wenn verschiedene Angelegenheiten noch nicht erledigt wurden, so geschah dies nur deshalb, weil die polnisch-Danziger Konvention nicht alle Angelegenheiten erschöpft, die erledigt werden müssen. Ich zweifle nicht daran, daß die Praxis verschiedenartigen Frageräten wird, und daß verschiedene theoretische Zweifel sich praktisch als grundlos erweisen. Meinerseits werde ich alle Anstrengungen machen, um in den Grenzen der Möglichkeit das Meiste für die Erfüllung dieser Wünsche zu tun. Ich bin tief davon überzeugt, daß die Unterzeichnung des Vertrages nicht nur eine Formalität bleibt, sondern daß die Beschlüsse des Vertrages die Norm für die Amtstätigkeit jedes Vertreters der polnischen Regierung in der freien Stadt Danzig sein werden. Darauf sprach der Delegierte Jewelowski in deutscher Zunge. Der Dolmetscher übersetzte seine Rede ins Polnische. Minister Bluczkowski verlas das Protokoll zuerst in polnischer und dann in deutscher Sprache. Im Namen Polens unterzeichnete als Erster der Minister Lee Pluciński, im Namen Danzigs Julian Jemelowski. Der Senator Jemelowski wandte sich darauf an die Vertreter der polnischen Presse mit der herzlichen Bitte um Unterstützung der Annäherungsziele zwischen Polen und Danzig zum gemeinsamen Wohl beider. Der Redakteur Strojko betonte, daß die polnische Presse von diesem Augenblick entsprechend der Erklärung des Ministers Bluczkowski die Danziger Angelegenheit für die Angelegenheit Polens und den Danziger Vertrag für den Vertrag Polens ansehen wird.

Polnisch-tschechische Verhandlungen.

Warschau, 26. Oktober. (PAT.) Am 20. d. Wts. wurde von den Vorsitzenden der Delegationen Herrn Prokop Max, bevollmächtigter Minister der tschechoslowakischen Republik, sowie Herrn Jan Dvorak ze L., Chef der Wirtschaftssection im Außenministerium und Herrn Heinrich Strasburger, Leiter des Industrie- und Handelsministeriums, ein Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei unterzeichnet, der der erste Bestandteil einer Gruppe von Verträgen ist, die gemäß dem Übereinkommen beider Regierungen zusammen den Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt und gleichzeitig in Kraft treten werden.

Der Vertrag ist auf Grund der Klausel über die größte Privilegierung aufgebaut, umfaßt auf über 40 Seiten Maschinenschrift die Handelskonvention, die in 80 Artikeln enthalten ist, sowie eine Reihe Abtäglichkeit, die besondere Fragen befreien, wie den Eisenbahnervertrag, einen Vertrag, der den Umsatz im Grenzstreifen regelt, einen Vertrag, der sich auf den Schutz der Tierkreise bezieht, einen Vertrag über die Desinfektion von zur Viehhaltung dienenden Waggons usw.

Vor der Ratifizierung des obigen Vertrags werden unterzeichnet: ein Vertrag über die gegenwärtige Ein- und Ausfuhr von Waren sowie ein Vertrag, der Polen die Kohlen- und Ölversorgung in den Industriegebieten und die Röhren- und Rohstoffprodukte gemäß dem Beschluss des Botschafterrates vom 28. Juli 1920 sichert und schließlich die Liquidierung der früheren Kompensationsabkommen.

Die Beendigung dieser Verträge ist für Ende dieses Monats vorgesehen.

Ermordung des bulgarischen Kriegsministers.

Sofia, 25. Oktober. (PAT.) Der Kriegsminister Dimitrov ist am Sonntag durch elische Gewehrschüsse getötet worden. Unserer Minister wurden noch zwei Personen, die ihn begleiteten und der Chauffeur getötet. Die Täter wurden bisher noch nicht ergreift. In Verbindung mit dem Verbrechen wurde sofort eine Sitzung des Ministeriums einberufen. Die Sitzung hob als Sitzung der Trauer ihre Sitzungen auf. Es handelt sich um einen politischen Mord.

Ein albanischer Bandenüberfall in serbisches Gebiet.

Belgrad, 25. Oktober. (Frank. Bz.) Im Augenblick steht die endgültige Regierung des albanischen Staates durch die Voithaferkonferenz bevor. Von der albanischen Grenze treffen brennende Nachrichten ein. Eine albanische Bande von 150 Mann stolz am 19. Oktober abends im serbischen Territorium ein und legte das ganze Dorf Taimische in Asche. Vorher wurde der Ort gesäubert, das Vieh weggeführt, Weiber und Mädchen geschändet. Die Bande war gut ausgerüstet und auch mit Maschinengewehren bewaffnet. Die Regierung ordnete eilige militärische Maßnahmen an, für die Einwohner des Dorfes wurde eine hohe Belohnung bewilligt.

Zur Regierungskrise in Deutschland.

Berlin, 25. Oktober. (PAT.) Der Reichspräsident konferierte am Sonntag mit dem Präsidenten des deutschen Parlaments Soethe, dem Zentrumsführer Dr. Spehn, den Sozialisten Müller und Wilmer und mit Stresemann. Die Lage ist noch nicht geklärt. Im Verlaufe der Konferenz beschäftigte man sich auch mit der Ernennung eines Reichskommissars für die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen in Oppeln. In dieser Angelegenheit kam es zu keiner Verständigung. Die Vertreter der parlamentarischen Parteien wollen sich mit der Abstimmung eines Kommissars nach Oppeln nicht einverstanden erklären, da dies einer Annahme der österreichischen Entscheidung gleichkäme. Die Deutsche Volkspartei entschloß sich, nicht in die Regierungskoalition einzutreten, da sie nicht mit einem Kabinett arbeiten will, das einen Kommissar zu den Verhandlungen nach Oppeln abzufinden wünscht. Es ist anzunehmen, daß infolge dieser Sachlage eine Regierung gebildet wird, die sich auf die alte Koalition stützt. Es ist unwahrscheinlich, daß der Kanzler Wirth die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen wird, schon deshalb, weil er persönlich dazu keine Lust hat. Das deutsche Parlament wird erst am Mittwoch oder Donnerstag zusammenkommen.

Ein zweites Wiesbadener Abkommen.

London, 25. Oktober. (Tel.-U.) Blätterkünsten zufolge haben zwischen Rathenau und Lord Abernethy Verhandlungen stattgefunden, in denen die Frage besprochen wurde, zwischen Deutschland und England ein Abkommen ähnlich dem Wiesbadener zu treffen. Nach dem "Daily Chronicle" sollen von deutscher Seite Sachleistungen an Russland gemacht werden, worauf Russland an England Zahlungen zu leisten hätte.

Das Wiesbadener Abkommen unter Vorbehalt genehmigt.

Paris, 24. Oktober. (Tel.-U.) Die Wiederherstellungs-Kommission hat gestern in ihrer Vollzitting die allgemeinen Grundsätze des Wiesbadener Abkommen genehmigt. Dagegen hat die Wiederherstellungs-Kommission unter Hinweis auf die Abweichung vom Vorkämpfer-Vertrag, die sich bei der Durchführung des Abkommen ergeben, die Übernahme der Verantwortung für die Ratifikation im Namen der ganzen Einteilung abgelehnt und das Abkommen zur Stellungnahme den einzelnen Regierungen vorgelegt.

Die Trentonserenz.

London, 25. Oktober. (PAT.) Eine amtliche Mitteilung bestätigt, daß die Konferenz sich bis Montag nachmittag vertagt. Die Depeche de Valera an den Papst, in der er erklärt, daß Irland gegenüber dem König von England seine Loyalität kündigt, hat unzweifelhaft ungünstig auf den Verlauf der Konferenz eingewirkt. Die Presse aller Parteirichtungen befürchtet diese Depeche und erklärt einmütig, daß sie die ganze Verständigungskoalition stark gefährdet hat. "Daily Chronicle" schreibt, sogar Lloyd George habe gesagt, daß wenn der Standpunkt, den de Valera in der Depeche an den Papst einnahm, auch von den anderen Delegierten geteilt wird, eine Fortsetzung der Konferenz unmöglich ist.

Das Telegramm des Papstes an den König von England, das die Freude des Papstes wegen der Aufnahme der englisch-irischen Verhandlungen ausdrückt und das den päpstlichen Segen und den Wunsch eines glücklichen Verlaufs der Verhandlungen überliefert, rief in Irland große Freude hervor. Es herrscht die Überzeugung, daß der päpstliche Einspruch unzweifelhaft die Geistlichkeit bewegen wird, alle Mittel anzuwenden, um eine Verständigung zu erzielen.

Wie "Sunday Evening Telegraph" berichtet, traf der Chef der Sinnfein-delegation Collins in Dublin ein. Er brachte ein Schreiben Lloyd Georges mit, das im Grunde ein Ultimatum darstellt, weil der englische Ministerpräsident in dem Schreiben von den Sinnfeinern fordert, daß sie sich deutlich erklären sollen, ob sie entschlossen sind, jeden Vertrag abzulehnen, der die Bedingung der Freiheit gegenüber dem König Großbritanniens enthält.

Sowjetrußland.

Sowjetrußland und Rumänien.

Paris, 24. Oktober. (PAT.) Zu den Verhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland erscheint die Orientagentur, daß unabhängig von dem geschlossenen Vertrage noch die Auflösung einer Reihe von wirtschaftlichen Fragen und die eventuelle Anknüpfung diplomatischer Beziehungen ist. Die Angelegenheit des rumänischen Goldes wird Gegenstand neuer Verhandlungen bilden, die in den nächsten Monaten geplant sind. Es muß bemerkt werden, daß die rumänische Frage in keinem Falle einer Aussprache unterliegen kann, da sie durch keine russische Regierung erlebt werden kann.

Versagen des Bolschewismus.

Prag, 26. Oktober. (PAT.) Kerszki erklärte dem Mitarbeiter der "Prager Presse", es sei für die russischen Verhältnisse bedeutsam, daß der Bolschewismus wegen des Misserfolges in der Politik in ein Stadium eingetreten ist, das unzweifelhaft der Auslöschung entgeht. Wer die neue Regierung übernehmen wird, ist schwer vorauszusehen. Die künftige russische Regierung wird jedoch ebenso weit vom Bolschewismus wie von der Reaktion entfernt sein.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

37. Fortsetzung.) (Nachdem unterlagt)

"Erlebnisse, die einen von Grund auf umändern und anders machen. Die zum höchsten Glück oder zum höchsten Leid führen."

"Hast Du schon einmal ein solches Erlebnis gehabt?"

"Als ich Knut kennen lernte."

"Dann führte es bei Dir also zum höchsten Glück?"

Jetzt legte auch Lies die Hände in den Schoß. Ihre Augen leuchteten.

"Ja, Ellen, zum höchsten Glück. Aber wie kommt Du darauf?"

Ellen wurde rot.

"Ach, ich meinte bloß so."

Dann nach einer Pause:

"Magst Du eigentlich Gisela leiden? Ich kann sie nicht ausstehen."

"Du bist hart, Ellen. Man muß sie bemitleiden. Oft denke ich, sie leidet unter sich selber."

"Ich glaube, Lies, — eine Frau wie Gisela, wäre gewaltiger, unserer Erlebnisse überhaupt gar nicht fähig."

Lies zuckte die Achseln.

"Wer kann das von einem anderen sagen, Ellen. Es gibt Augenblicke, die alles, alles ändern, und die in einer Menschenseele Tiefen erschließen, die wir vorhin darin gar nicht geahnt."

"In Giselas Seele gewiß nicht," — Ellen sah hart aus, — "mir ist selten ein Mensch so unsympathisch gewesen. Und ich habe in ihrer Nähe immer ein so unsympathisches Gesicht. Manchmal denke ich, sie kann andere nicht glücklich sehen, weil sie es selber nicht ist. Wo sie kommt, muß ein Unglück geschehen. Steh Dir nur einmal den armen Ernst an. Der

Die ungarische Königsfrage.

Budapest, 25. Oktober. (Tel.-U.) Der Ministerpräsident Graf Bethlen verlangte in einer Wählerversammlung, daß eine einheitliche Regierungspartei geschaffen werde. Bezüglich der ungarischen Königsfrage erklärte er sich für ein nationales Königium und machte der ungarischen Regierung zur Pflicht, mit den Großmächten in diplomatische Verhandlungen über den Standpunkt der ungarischen Nation in der Königsfrage einzutreten.

Es besteht in Ungarn tatsächlich eine starke Strömung für Wiederherstellung der Königsherrschaft, und die Habsburger haben eine kräftige Partei hinter sich. Die Schweizer Telegraphenagentur erfaßt, daß Karl am Sonnabend schriftlich dem Verbandsrat mitgeteilt habe, seine Anhänger in Ungarn hätten ihn aufgefordert, sofort mit der Königin nach Ungarn zu kommen. Der König und die Königin fuhren in einem Flugzeug und in Gesellschaft von drei Personen ab. Der Verbandsrat stellt ernst fest, daß König Karl am 18. Mai d. J. sich verpflichtet hatte, alle politische Tätigkeit einzustellen und das politische Departement des Rates von jeder beabsichtigten Abreise aus der Schweiz zu benachrichtigen. Am 5. d. Mts. erklärte Karl durch Vermittelung eines Bevollmächtigten, daß er sich weiter rücksichtlos an die Bedingungen gebunden fühle, die ihm der Verbandsrat am 18. d. Mts. vorgelegt habe. Der Rat muß zu seinem größten Bedauern feststellen, daß der ehemalige Kaiser Karl durch sein Vorgehen gegen das Recht verstoßen und seine Zusage gebrochen habe, als er die Schweiz ohne vorherige Benachrichtigung verließ.

In gut informierten Kreisen wird erklärt, daß die ungarische Regierung sich mit allen maßgebenden Faktoren verständigt habe und standhaft entschlossen ist, ihre Stellung zu sichern. Die ungarische Regierung wird vor keinem beauftragten Zwangsmittel zurücktreten, um einen Einmarsch des Kaisers Karl nach Budapest unmöglich zu machen und ihn zum Verlassen des Landes zu zwingen. In dieser Hinsicht wurden weitgehende Anordnungen getroffen. General Nagy wurden zum Oberkommandanten mit allen Vollmachten ernannt. Seine Aufgabe ist es, mit allen Mitteln jede Bewegung, die gegen die Regierung gerichtet ist, zu unterdrücken. Der Belagerungszustand ist schon verhängt worden. Aus Regierungskreisen wird versichert, daß ansonsten dieser Anordnung ein Einmarsch des Kaisers Karl in Budapest unmöglich ist. Die Beschlüsse wurden vom Ministerrat einstimmig gefasst und vom Staatspräsidenten gutgeschrieben.

Horthy an die Armee.

Budapest, 25. Oktober. (PAT.) Die Horthy-Regierung gab folgenden Tagesbefehl an die Armeen heraus: Die Nationalarmee hat mit den Schwör abgelegt und ist mit den Gehorsam schuldig. Nur der rechtlich gewählte Regent ist bevollmächtigt, seiner staatenlichen Hoheit Karl IV. die Herrschaft zu übertragen. Eine solche Überweisung der Herrschaft würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Ruin des Staates bedeuten. Ich erwarte, daß alle Mitglieder der Nationalarmee ihrem Schwör treu bleiben und ohne Vorbehalt alle meine Befehle ausführen werden. (Ges.) Horthy, Minister des Landesschutzes.

Die militärische Aktion gegen Karl.

Budapest, 25. Oktober. Die Truppen, die gegen den ehemaligen König Karl vorgehen, leitet persönlich der Regent Horthy. Am 22. d. Mts. früh trafen die Truppen in fünf Eisenbahnjügen vor Budapest mit den Regierungstruppen zusammen. Es erfolgte ein Zusammenschluß, in dem die Regierungstruppen dank ihrer Artillerie die Oberhand gewannen. Die Truppen des ehemaligen Kaisers Karl besitzen nur Maschinengewehre. Der erste Kanonenschuß traf in den ersten Zug des ehemaligen Königs. Der König befindet sich mit der Königin in Bielske, wo auch Graf Andrássy, Graf Stefan Rakowski und Edmund Beneschki weilen. Um 10 Uhr vormittags erschien in Budapest der Feldmarschall Segedius als Gesandter des Königs und verhandelte mit dem Ministerrat. Die Verhandlungen verschlugen sich auf der energetischen Forderung des Ministerrates, daß der ehemalige König Ungarn verlassen sollte. In Budapest freien Gerichte, nach denen die Rumänen die Absicht haben, die ungarische Grenze zu überschreiten.

Das Militär, über das der ehemalige Kaiser Karl verfügt, besteht aus dem Bataillon Österburg und aus ausländischen freiwilligen Legionären. Die Garnisonen in Raab und Komornos zählen zusammen 4000 Personen.

Die baltischen Sozialisten und Polen.

Riga, 25. Oktober. (PAT.) Die in Riga tagende Konferenz der baltischen Sozialisten hat einen Verhandlungsbereich veröffentlicht. Es wurden folgende Anträge angenommen: 1. Eine Annäherung zwischen Finnland, Estland, Lettland und Litauen liegt im Interesse des Proletariats; 2. die Politik dieser Staaten sollte auf eine Annäherung mit Sowjetrußland gerichtet sein; 3. die Parteien treten gemeinsam gegen ein militärisches Bündnis einer dieser Staaten mit Polen auf. Belehrter Anträge brachte der estnische Delegierte folgende Erklärung ein: Die Frage der Beziehungen zu Polen ist von unserer Partei nicht geprüft worden. Bestimmungen in dieser Hinsicht besitzen wir nicht. Wir halten jedoch eine Entscheidung der Frage über die Beteiligung Polens an Konventionen, die in Zukunft entstehen könnten, für unmöglich.

Die Deutschen in Wolhynien.

In der "Lodzer Freien Presse" beschäftigt sich der Sejmabgeordnete Spidermann mit der Lage der deutschen Ansiedler in Wolhynien, deren Bedrückung seit Monaten den Gegenstand vieler Klagen bildet und in einer großen Zahl von Zuschriften an die deutschen Sejmabgeordneten ihren Ausdruck findet. Während der Lodzer Tagung im September dieses Jahres wurde beschlossen, daß die deutschen Sejmabgeordneten sich persönlich von der Lage der Dinge in Wolhynien überzeugen sollten, und diesen Beschluss führten vier Abgeordnete in der Zeit vom 12. bis 18. Oktober aus. Darüber berichtet der Abgeordnete Spidermann:

"Wir trafen uns in zwei Gruppen. Kollege Sejte und ich haben Rožhycze und Luck besucht. Wir hielten dort Versammlungen ab, die sehr gut besucht waren. Es kamen dort Leute, die bis 70 Kilometer weit vom Versammlungsort wohnten, zusammen, und alle hatten nur Klagen zu vertragen; lediglich sie oder unausgesetzte seit Beginn des Weltkrieges. Am Anfang dessen wurden sie von den Russen in das Innere des Gouvernements vertrieben und als sie endlich die Möglichkeit hatten, nach ihren Wohnstätten zurückzufahren, fanden sie entweder niedergebrannte Schäfte vor oder aber diese waren von Fremden bewohnt und es kostete den Armen viel Mühe, ihr Eigentum zurückzuerlangen. Das gelang ihnen nur mit Hilfe der deutschen Offizianten. Nach Ablauf der Okkupation wurde es wieder Kriegsschauplatz zwischen den Polen und Ukrainer, wobei für sie neue Leidenschaften entstanden. Dann kam der Rigaer Friedensvertrag zwischen Polen und Schlesien zu Stande, und man hoffte meinen Sollten, daß nunmehr endlich Ruhe und Ordnung in Wolhynien eintreten würden. Doch weit gefehlt! Es herrschen auch weiter geradezu anarchistische Zustände: von einer Rechtsordnung ist keine Spur zu finden!"

Wo die Polonisten sogenanntes Zinsland besitzen oder langfristige Pachtverträge laufen haben, wird ihnen der Boden unter den Füßen verlaufen; ja sogar freies Eigentum wird häufig nicht anerkannt und Kaufverträge gebrochen. Die polnische Regierung tut nichts, um diesen wilden Zuständen einen Damm entgegenzusetzen. Mit einem Wort: die Deutschen in Wolhynien sind vogelfrei! Frauen und Männer beten mit Tränen in den Augen, man möchte ihnen helfen. Auf meine Frage, ob sie sich denn nicht an die polnischen Behörden um Hilfe gewandt haben, antworten sie, daß sie an Statisten, Beamten geschickt haben, eine Antwort sei ihnen aber bisher nicht zugeschlagen.

Unsere Pflicht wird es jetzt sein, den Brüdern in Wolhynien in ihrer schweren Not mit allen nur möglichen Mitteln Hilfe zu bringen, welche Aufgabe dem "Bund der Deutschen Polens" zufallen sollte. Eine Ortsgruppe Rožhycze und eine zweite in Luck haben wir gegründet. Es wurden Vorstände gewählt und alle Anwesenden ließen sich als Mitglieder in den Bund aufnehmen. Damit ist schon mit ihnen ein geistiges Band geschaffen. Der dortigen Ortsgruppen hat eine schwere Aufgabe, und um dieser gerecht zu werden, haben sich — wie ich hoffe — die rechten Männer an ihre Tugie gestellt.

Das deutsche Schulwesen liegt in Wolhynien ganz darunter. Schulen gibt es fast überhaupt nicht. In Rožhycze z. B. ist zwar ein Schulgebäude, das der evangelischen Gemeinde gehört, vorhanden, es wird aber vom Militär als Pferdestall benutzt. In Luck werden von einer menschenfreundlichen deutschen Dame und von einigen anderen Personen die größten Anstrengungen gemacht, eine Schule zu gründen, aber wegen Mangels an einem Platz konnte sie leider bisher nicht eröffnet werden, und auf diese Weise bleiben unzählige Kinder ohne jeglichen Unterricht. Auf den Dörfern wurden den Deutschen die noch vorhandenen Schulgebäude einfach weggenommen, ganz so wie bei uns in Kongresspolen, und das hohe evangelische Augsburgische Konfistorium in Warschau wird dies wohl ganz für richtig befinden, da das doch auch bei uns in der Regel der Fall war. Die größte Sorge, die das Konfistorium mit dem Generalsuperintendenten Bartsch an der Spitze hat, ist die Polonisierung der molhynischen Deutschen! In einem Kundschreiben, welches die dortigen Pfarrer vom Konfistorium erhalten haben, wird gefordert, sich im Verkehr mit dem Konfistorium ja nur der polnischen Sprache zu bedienen; ob aber unsere Polonisten Haus und Hof verlieren, ob sie geistig zugrunde gehen, darum kümmert das Konfistorium mit unserem "Bischof" sich nicht. Nur polonisieren — und das mit Volldammt!"

Politische Tagesneuigkeiten.

Ein Attentat auf den amerikanischen Botschafter in Paris. In der Kanzlei des amerikanischen Botschafters traf ein Bataillon ein, das angeblich Parisermeister enthielt. Das Bataillon war an den Botschafter Borden aufgegeben. Als der Botschafter das Bataillon im Schlafzimmer öffnete, entstand eine Explosion, die bedeutender Schaden anrichtete. Der Diener wurde am Fuße verletzt.

Kardinal Mercier und die Flamme. Der Kardinal Mercier, dessen Flamme feindlichkeit sich namentlich während des Krieges energisch äußerte, hat während einer sozialen Woche in Brüssel eine Rede gehalten, worin er seine Missbilligung über die kulturelle Vereinigung der Flamen ausdrückt und beiden feindlichen Volksstämme in Belgien Eintracht anbefahl.

Sie sah ihn an, die Augen voll leuchtender Sonne.

"Wenn Menschen auseinandergehn, dann sagen sie: auf Wiedersehen!"

Da nahm er ihre beiden Hände und zog sie an seine Lippen — heiß, — wortlos.

Von nebenan kamen Schritte. Da gab er ihre Hände frei. Auf der Schwelle stand Knut.

"So, was wollen wir noch spielen zum Schluss? Ich wollte Beethoven, aber meine kleine Frau will ein Volkslied."

Lies war hinter ihrem Mann ins Zimmer getreten. Sie schmiegte sich an ihn.

"Ja, bitte ein Volkslied, — ein bekanntes! Das höre ich am allerliebsten."

Gedankenverloren summte Lies ihre Geige. Dann ging sie in die Melodie über:

"Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Dass man vom liebsten, das man hat,
Muß scheiden."

Weich fielen Klavier und Cello mit ein.

"Es wird gar kurze Zeit nur sein,
Dann läßt sie Dich sogar allein."

Im tiefen Klubessel saß Lies und schloß die Augen. Sie liebte das Lied so über alles. Nur so traurig war es, — so traurig.

Aber jauchzend sang dann der lezte Vers durchs Zimmer, und unwillkürlich sangen sie ihn alle mit:

"Doch mußt Du mich auch recht verstehn,
Ja, recht verstehn!
Wenn Menschen auseinandergehn,
Dann sagen sie auf Wiedersehen!
Auf Wiedersehen!"

Muttertag folgt.)

20. evangelisch-lutherische Generalsynode.

Zum 20. Male trat die Generalsynode der evangelisch-lutherischen (altilutherischen) Kirche in Preußen am 20. September in Breslau zusammen, nachdem bereits in den vorhergehenden 8 Tagen die sogenannte Vorjahrssynode den Verwaltungsverein des Oberkirchenkollegiums geprüft und sie zahlreiche eingegangene Anträge zur Beratung vorbereitet hatte. Aus allen Teilen Deutschlands waren die Vertreter der Gemeinden, Pastoren und Laienangeordnete erschienen und jammerten sich zum Eröffnungsgottesdienst in der Christuskirche. Superintendent Beyreis-Berlin wies in seiner Predigt über Matth. 28, 16-20 auf die Aufgaben der Kirche hin und zeigte 1. die Herrlichkeit des Herrn, in welcher sie gegründet, 2. den Auftrag, in welcher der Herr sie gesetzt hat, 3. die Verheißung, durch welche er ihr Gelingen verbürgt. Es war ein tief bewegender und erhebender Gottesdienst, an dem eine zahlreiche Gemeinde, nicht nur aus Breslau, sondern von weiterer Teilnahme, ein Beweis, welch lebendigen Anteil alle Glieder an dem Gedeihen der Kirche nehmen. Müssten sie doch als Glieder einer seit fast 100 Jahren staatsfreien Kirche hohe Beiträge leisten und haben es bis in die neuzeitliche Zeit mit bewundernswerter Opferwilligkeit getan.

Im Sitzungssaal der Stadtverordneten wurde nach Schriftverleistung, Gesang und Gebet die Synode durch den Direktor des Oberkirchenkollegiums Lic. Dr. Nagel eröffnet. Er begrüßte die Synodenalten durch eine Ansprache, in der er der treuen Zeugen der Vergangenheit gedachte und auf die Gegenwart- und Zukunftsaufgaben der Kirche hinnies. In das Präsidium wurden gewählt: Superintendent Beyreis-Berlin, Superintendent Wachmann-Kreuzstadt und Fabrikdirektor Spalek-Dessau. Nach der Verpflichtung der Synodenalten auf Gottes Wort und die Bekennnisserklärung der evang.-luth. Kirche wurde in die Verhandlungen eingetreten. zunächst erfolgte die Beratung des Verwaltungsbereichs des Oberkirchenkollegiums, nebst der hierzu eingegangenen Anträge. Hierbei wurde ehrendes heimgegangene bisherigen Direktors, Kirchenrat Hinz, gebraucht. Die neu angelobten Kirchenräte Superintendent Schubert-Düsseldorf und Fabrikdirektor Haber-Tiergarten wurden von der Synode bestätigt. Dann wurde über die zum Punkt „Gemeindeordnung“ vorliegenden Anträge beraten. Es wurde dabei u. a. auch über die Erweiterung des Stimmrechts (besonders des Frauenstimmrechts) verhandelt, jedoch die dazu vorliegenden Anträge den Abgeordneten zugestellt, um sie zu prüfen und neue anzutippen. Danach wurde Kenntnis genommen von der reichen Unterstützung der Gläubigenbrüder in Australien und Amerika, deren Vater meist aus der evang.-luth. Kirche in Preußen hervorgegangen sind. Mit Dank gegen Gott wurde auch die Vereinigung evang.-luth. Freikirchen Deutschlands begrüßt und der Wunsch ausgesprochen, zu einer noch engeren Vereinigung, zu einer evang.-luth. Freikirche Deutschlands, zu kommen.

Bei dem Bericht über „parochiale Veränderungen“ durch das Oberkirchenkollegium kam es allen förmlich zum Bewußtsein, daß infolge des verlorenen Krieges der Bestand einzelner Gemeinden stark erschüttert ist. Fast Gemeinden im Saargebiet fanden unter französischer Verwaltung, 7 blühende Pfarrbezirke in Westpreußen und Polen lagen in den an Polen abgetrennten Gebieten. Doch wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Gemeinden auch weiterhin mit der Mutterkirche in Verbindung bleiben können. Die Veränderungen im Personalbestand, besonders durch den Heimgang treuer Pastoren, waren bedeutend. Andererseits ging aus dem Bericht hervor, daß der theologische Nachwuchs zahlreich genug war, so daß nur in einigen Räumen Geistliche aus anderen lutherischen Kirchen berücksichtigt werden könnten.

Die brennendste Frage der Gegenwart, die „Schulfrage“, kam bei dem Kapitel Schulangelegenheiten zur Verhandlung. Nach längerer Aussprache, u. a. wurde einstimmig beschlossen, das Oberkirchenkollegium zu bitten: 1. diejenigen Gemeinden, die eine eigene lutherische Schule haben, dringend zu ermahnen, diese um jeden Preis zu halten; 2. allen Lehrern und Lehrerinnen den herzlichen Dank der Kirche für ihre Treue auszusprechen und sie zu bitten, mit aller Entschiedenheit für eine wirkliche Religionsschule und genügenden Religionsunterricht einzutreten; 3. allen Vätern und Müttern es als ernste Gewissenspflicht aufzuerlegen, noch mehr auf den Religionsunterricht zu achten und zugleich die Kinder zum Besuch des kirchlichen Religionsunterrichts anzuhalten. Ebenso wurde einstimmig ein Antrag an den Reichstag angenommen, in dem die Durchberatung des vorgelegten Reichsschulgesetzesvorschusses und der Schutz der Religionsschule gefordert wird.

Am 4. Sitzungstage nahm die Generalsynode zunächst Kenntnis von der Durchsetzung, welche die beiden Diakonissenhäuser in Cöthen und Fürstenwalde in den letzten Jahren erfahren. Es wurde begrüßt, daß das Fürstenwalder Mutterhaus nun auch in den Kaiserwerther Verbund aufgenommen ist. Zur Unterstützung des Luth. Waisenhauses in Freiburg, das inzwischen am 1. Oktober eröffnet worden ist, wurde einstimmig beschlossen, alljährlich eine Sonntagslotterie zu sammeln.

Beim Abschnitt Vereine erwähnte die kirchliche Jugendpflege besondere Interesse. Die Arbeit im Jünglingsbund ist mit neuem Mut und frischer Kraft wieder in Angriff genommen worden. Zugleich wurde auch die Hoffnung ausgesprochen, daß sich bald eine Persönlichkeit finden würde, die auch die Organisation der Jungfrauenvereine in ähnlicher Weise in die Hand nehmen könnte. Schließlich wurde den Gemeinden die Einführung einer jährlichen Kollekte für die kirchliche Jugendpflege empfohlen.

Im Verhältnis der evang.-luth. Kirche in Preußen zum Staate ist durch die Revolution und die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 keine Änderung eingetreten. Das Kultusministerium sieht ohne weiteres die Kirche als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ an, wenn auch sonst noch nicht alle Wünsche befriedigt der Bezeichnung unserer Kirche erfüllt sind.

Am 5. Tage wurde über Presseangelegenheiten beraten. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Kirche auch auf diesem Gebiet bemüht gewesen ist, an ihrem Teil als „Kirchliche“ ihre Aufgabe zu erfüllen. Einen erfreulichen Ausklang hat auch der luth. Bücherverein in Kassel genommen, der immer mehr zum Mittelpunkt aller Presseangelegenheiten werden soll.

Im Anschluß an den Bericht über die Mission wurde dem Schmerz Ausdruck gegeben, daß alle deutschen Missionsarbeiter von ihren Missionsgebieten verdrängt worden sind, aber doch auch dem Dank gegen Gott, daß es gelungen ist, das Werk der Leipziger Mission in Indien und Afrika bisher zu erhalten. An die Gemeinde aber wurde die Bitte gerichtet, in der overwilligen und fürsittenden Liebe zum Werke der Heiden- und Missionsschule nicht nachzulassen.

In der nächsten Sitzung beschäftigte man sich mit dem Kassenwesen der Kirchen. In der sehr lebhaften Aussprache, an der sich hauptsächlich die Landesdeputierten beteiligten, kam der erfreuliche Wille zum Ausdruck, daß die Gemeinden ihre Kirchenbeiträge erhöhen werden, daß die begonnene Finanzreform durchgeführt werden kann, die mit Rücksicht auf die meist kleinen unbemittelten Gemeinden schwierig erschien.

Am letzten Tage kam es noch zur Aussprache über die Evangelisation. Wenn auch der Antrag, einen in der Seelenbegewinnung und Seelsorge erfahrenen Pastor für einen Monat im Jahr zu beurlauben, nur hin und her in den Gemeinden einwöchige Bibelstunden unter Berücksichtigung unserer lutherischen Eigenart abzuhalten, abgelehnt wurde, so wurde doch mit heiligem Ernst betont, die geistliche Erweckung unserer vielfach schlafenden Gemeinden uns angelegen sein zu lassen. Im übrigen sollen in der Frage der Evangelisation bald synodale Beisprechungen stattfinden. Dann wurde dem Oberkirchenkollegium der Dank der Synode für treue Arbeit und weise Fürsorge ausgesprochen. Der Direktor des Oberkirchenkollegiums Kirchenrat Lic. Dr. Nagel dankte in bewegten Worten für das ausgestrahlte Vertrauen und bat um treue Fürbitte. Nachdem dann noch dem Magistrat für die Überlassung des Stadtvordneinsaals und der Breslauer Gemeinde der Dank für die erwiesene Gastfreundschaft ausgesprochen worden war, wurde die 20. Generalsynode Winter, gemeinsamen Beterunser und dem Gesang von „Lach mich dein sein und bleiben“, geschlossen.

Deutsches Reich.

Das neue Berliner Stadtparlament wird sich nach den zehn vorliegenden offiziellen Wahlergebnissen aus 114 bürgerlichen und 111 sozialistischen Stadtverordneten zusammenstellen. Die größte Zahl von Sitzen unter den bürgerlichen Parteien haben die Deutschenationalen (40). Es folgt die Deutsche Volkspartei mit 35 Sitzen, die Demokraten mit 17, die Wirtschaftspartei mit 12, das Zentrum mit 9, die Deutschenationalen mit 1 Sitzen. Die Mehrheitssozialisten haben 46 Sitze, die Unabhängigen 44, die Kommunisten 21 Sitze.

Einführung des Seevertrages nach Ostpreußen. Infolge der Verbesserungen im Eisenbahnbau, welche die Einführung des sogenannten zweiten Provisoriums mit sich gebracht hat, ist die Transportsprudenz zwischen Pillau und Swinemünde und umgedreht in der letzten Zeit erheblich ausgedehnt. Die maßgebenden Berliner Stellen sind daher zu der Überzeugung gekommen, daß es sich bei der außerst geringen Nutzung des Seeweges von kaum 80 Personen täglich im Durchschnitt — teilweise sind es an einzelnen Tagen erheblich weniger — nicht mehr verantworten lasse, die sehr erheblichen Buchläufe (über 1 Million tonnenschw. weiter) zur Aufrechterhaltung einer täglichen Schiffsfreizeitung zu verwenden. Es haben eingehende Verhandlungen unter Beteiligung des ostpreußischen Reichsratsmitgliedes und der ostpreußischen Vertretung in Berlin stattgefunden, in deren Ergebnis damit zu rechnen ist, daß die tägliche Schiffsfreizeitung zwischen Swinemünde und Pillau vom 1. November d. J. ab auf eine wöchentlich zweimalige Fahrt eingeschränkt wird. Dafür ist zu beachten, daß in der Richtung Pillau-Swinemünde noch für eine weitere zweimalige Schiffsfreizeitung über Danzig Sorge getragen ist, welche allerdings in Danzig übernommen werden muß. Um jederzeit in Fällen, wie dem bei letzten Eisabnahmenreis in Pommern, oder bei sonstigem Bedarf sofort zum täglichen Verkehr übergehen zu können, sollen in den beiden Hafenorten ständig Dampfer fahrbereit gehalten werden.

Gleichberechtigung?

Aussiedlertagung.

Am 22. d. Ms. fand in Bromberg eine von den seitens Aussiedlervertretern einberufene Tagung von Ansiedlern statt. Der Abgeordnete hoffte zwar nur die Führer und die durch die jüngsten Verordnungen betroffenen Aussiedler zusammenzurufen, um ihnen Bericht über die Vertretung ihrer Interessen im Reich zu geben und Informationen von ihnen zu empfangen, aber weit über tausend Aussiedler erschienen, ein Beweis, wie stark die Beunruhigung ist, welche unter ihnen besteht. Man kann es begreifen, daß diese Leute, von denen eine größere Zahl jetzt vor Anbruch des Winters die Aufforderung bekommen hat, ihr Anwesen mit kurzer Frist zu räumen, und denen in vielen Fällen gegen jedes Recht und gegen jede Willigkeit sogar die Verfügung über das ihnen unbestritten gehörige Inventar genommen ist, der Verzweiflung nahe sind. Die Aufforderung, bis zum 1. Dezember zu räumen, ist nicht nur an deutsche Reichsangehörige, sondern auch an polnische Staatsangehörige ergangen. Ist das die Fürsorge, die der Staat seinen eigenen Staatsangehörigen austeilt werden läßt? Die in Bromberg versammelten Ansiedler versuchten wiederholt, ihrer Verzweiflung in herzbewegenden Anklagen Luft zu machen, und nur mit Mühe gelang es dem Abgeordneten, diese bedauernswerten Männer und Frauen einigermaßen zu beruhigen. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Deputation an den Herrn Ministerpräsidenten zu senden und diesem ihre furchtbare Lage zu schreiben, um Aufhebung der Verordnung oder mindestens um eine Verlängerung der Raumungsfrist bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit zu bitten, da mit sie nicht obdachlos der Kälte und dem Hunger preiszugeben sind. Wie können nur von ganzem Herzen wünschen, daß dieser Schritt der Deputation Erfolg haben möge, und wer diese Tausende von Kleinansiedlern am Montag in Bromberg gesehen, die Sorge und Verzweiflung in ihren Gesichtern gelebt haben, der würde nur wünschen, daß auch der Herr Ministerpräsident und die Männer, die für diese Maßnahmen verantwortlich sind, dabei zweisen wären, um sich zu überzeugen, wie das in der Verfassung verankerte Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger in Wirklichkeit aussieht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 25. Oktober.

Mattenplage.

Aus unserem Kreiskreis schreibt man uns:

Wer die unglaubliche Gefäßigkeit der widerlichen Natur unter den Matten kennt, wird mir glauben, wenn ich versichere, daß mir im vergangenen Winter 2 Zt. Bruten und, als diese verarbeitet waren, etwa 2 Zt. Kartoffeln von Ratten verfüllt wurden. Wenn ich die angefressenen Brutenreste nicht absichtlich liegen gelassen hätte, wäre der Kartoffelverlust noch größer gewesen. Obendraus ekelten wir uns natürlich davor, den befudelten Rest der Kartoffeln zu essen, obwohl sie gründlich gewaschen wurden. Um auch meinerseits vorzubeugen, besetzte ich neulich durch Drahtgitter und Vermauerung alle Löcher und glaube, diesen Winter die allerdings noch unsichtbaren Wintervorräte besser schützen zu können. Leider bin ich durch einen Bekannten eines Besseren belehrt worden. Er hatte alle Löcher mit Bohlen verstopft, die aber einfach durchgeschnitten wurden, weil bereits einige Vorräte im Keller waren. Dieser Zustand ist unhaltbar; darum muß schließlich wieder zum Eßt gebracht werden, und zwar von allen Hausbesitzern gleichzeitig. Da die Ratten aber jetzt ungeheuer sind, werden die Mietern wohl nicht umhin können, einen wenn auch mäßigen Beitrag zu leisten.

Bereits vor zwei Monaten gaben wir die Anregung, energisch gegen die Mattenplage vorzugehen. Auf fruchtbaren Boden scheint diese Anregung leider nicht gefallen zu sein, da von der Anordnung einer abormalen Gütaussetzung nichts bekannt geworden ist. Es ist aber nicht angängig, daß die kleinen, zu riefigen Preisen angebotenen Wintervorräte zur Mattenplage dienen und das Durchhalten bei der Lebensmittelknappheit ganz unmöglich gemacht wird. Also ans Werk, aber nicht wieder zu spät!

Apothekenlage und Krankenlassen. Ein Apothekenbesitzer im ehem. preußischen Leistgebiet schreibt uns im Anschluß an die Nr. 127 veröffentlichten Ausführungen über die Apothekentaxe folgendes: „Es ist wirklich eine erstaunliche Leistung, die es fertig bringt, andauernd von den Apothekenbesitzern zu verlangen, daß diese bei der Abgabe der Arzneien vorläufig Geld zugeben. Ich betone 1. daß wir Apotheker zunächst unsere Waren bezahlen, ehe wir sie erhalten, wogegen ich erstmal den Krankenlasten vier Wochen kreditieren und dann noch rd. acht Wochen auf Bezahlung warten darf. 2. müssen wir auf die Rezeptur (z. T. auf Handverkaufsortsel) 10% Rabatt geben, obgleich unsere Gutsaufpreise zum großen Teil höher als die Arzneiware sind. Es werden dann 21 verschiedene Bezirke angeführt. Dann heißt es in der Zulicht weiter: Während ich früher Schulden nie hatte, kann ich das jetzt nicht mehr behaupten.“

Der Unterricht am Deutschen Privatgymnasium beginnt in der nächsten Woche mit dem Anfang des neuen Monats um 9 Uhr. Statt bisher um 8 Uhr.

Verband der Güterbeamten für Polen. Die diesjährige Herbsttagung des Verbands der Güterbeamten findet Dienstag, den 1. November (sab. Feiertag) mittags 12 Uhr zu Posen im Lv. Vereinshaus statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Besprechung der Gehaltssatzung. Bei der Wichtigkeit dieses Themas ist anzunehmen, daß die Güterbeamten, die diesem

Verband angehören, vollzählig erscheinen werden. Am Abend vorher findet eine zwanglose Zusammenkunft im Kaffee Bristol statt.

X Einer jugendlichen Schwindlerin im Alter von 16 Jahren fiel gestern ein Schulmädchen auf dem Wege zur Schule in die Hände. Das Kind wurde am Platz Carmelite (s. Carmelitewall) von der Schwindlerin verdeckt, mit ihr in ein Haus zu treten, wo das junge Mädchen dem Kind die Schuhe auszog und ihm als Sicherheitspanz darstellt, daß es die Schuhe zurückhalten würde. 20 M. aushandigte. Die Schuhe, die natürlich verloren sind, haben einen Wert von mindestens 6000 M.

X Einbruchsdiebstähle nsw. Einem Bewohner des Hauses ul. Sw. Wawrzynica 24 (s. Borensz.) wurden bei einem nächtlichen Einbruch in seine Wohnung verschiedene Damenkleidungsstücke, Servietten, ges. W. L., 8 Uhren, 1 silbernes Medaillon, ges. W. L. für 4000 M. Kreisscheine, 3½ Meter blauer Chenil im Gesamtvermögen von 2½ Millionen M. gestohlen. — In der Zeit vom 22. bis 24. d. Ms. drangen Einbrecher in eine Wohnung des Hauses plac Działowy 10 (s. Kanonienplatz) ein und stahlen dort außer einem Paar Damenlackstiefel 41 Kalbsfelle, 54 Bockfelle im Gesamtvermögen von 100 000 M. — Einer am Sonnabend aus dem Theater in ihre Wohnung ul. Prusa 19 (s. Helenenstr.) heimkehrenden Herzhaft brachte ein unangenehmer Anblick. indem dort inzwischen Eindrehen einen unerwünschten Besuch abgestellt und 12 silberne M. J. gezeichnete Teelöffel, 8 silberne Messer und Gabeln, verschiedene Salanterienwaren, Kleider, Wäsche und Handschuhe, ges. M. J. im Gesamtvermögen von 200 000 M. gestohlen hatten. Die Einbrecher, viele junge Kerle, sind inzwischen von der Polizei festgenommen worden. — Einen schweren Diebstahl im wahren Sinne des Wortes leisteten sich in der Nacht zum Sonntag mehrere Einbrecher, die aus einem verschlossenen Schuppen des Hauses ul. Strzelowa 6 (s. Schleißstraße) einen Bentker schweren Schmiedearbeits stahlen.

W. Wolfstein, 24. Oktober. Von der Polizei wurde dieser Tag der Seminarist Leo Plewa, der beim Friseur Zeidler eine Geige zum Verkauf anbot, verhaftet. Er suchte sich als Leo Mikolajski aus Biss zu legitimieren, was ihm jedoch nicht gelang. Es wurde ihm vielmehr der Diebstahl von 5 Geigen nachgewiesen, die sich in seiner Wohnung vorhanden. Seine Entlassung vom Seminar war schon vor dem Diebstahl aufgebrochen worden. — Sanitätsrat Dr. med. M. Krause hat sich in unserer Stadt als Arzt niedergelassen. Tierarzt Dr. med. vet. P. von Richthofen hat seinen Wohnsitz von Breslau nach hier verlegt. Ein stillbartes Bedürfnis ist dadurch behoben worden.

Kurje der Posener Börse.

	23. Oktober	24. Oktober
1% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
2% Buct. A u. B	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—
3½% Buct. C	—	—
4% Buct. D u. E	—	—
4% (neue)	—	—
4% (neue) mit v. v. Stempel	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Brau-Pfandbriefe	—	—
5½% Obl. Cegieliski	120 + N	—
6% Schuldchirne der Bank Kredyti. Siles. Warszaw.	—	—
Bank Zwiazku I-VII em. (ungez.)	220 + A	220 +
Bank Zwiazku VIII em. (ungez.)	220 + A	220 +
Bank Zwiazku IX em. (ungez.)	220 + A	220 +
Bank Handlowy, Poznań I-VII.	360 + A	360 + N
V. Bank Ostol. Rydz. Gdansk I-IV	—	—
Bank Bielski, Bielski i Ska.	275 + A	—
Bank Bielski I-III	—	—
Bank Bielski	—	—
R. Barlickowski I-IV em.	190 +	—
R. Barlickowski V em.	—	—
Centrala Stor I-III (exkl. Kup.)	420 + A	420 + A
Centrala Stor IV	600 +	625 + A
Centrala Stor V	575 + N	530 + N
Centrala Stor VI	400 + A	415 + A
Centrala Stor VII	1275 + A	1275 + A
Centrala Stor VIII	—	—
Dr. Roman Now I-III	600 +	625 + A
Dr. Roman Now IV	575 + N	530 + N
Dr. Roman Now V	400 + A	415 + A
Dr. Roman Now VI	1275 + A	1275 + A
Dr. Roman Now VII	—	—
Dr. Roman Now VIII		

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poznań, 26. Oktober.

Verschiedenheit der Brotpreise.

Der Brotpreis im freien Handel beträgt seit Montag in Rawitsch für ein 4 Pid.-Brot statt bisher 280 M. nur noch 250 M. In Bromberg kostet seit gestern ein 5 Pid.-Brot statt bisher 225 M. d. h. das Pid. 75 M., nur noch 205 M., d. h. 88½ M. das Pid. In der Stadt Poznań verkaufen einige Bäcker seit gestern das Pid. Brot mit 70 M. Zu bemerken ist, daß die Getreide- und Mehlprenne auch an der gestrigen Getreidebörsen wieder nicht unerheblich gefallen sind. Unseres Erachtens entspricht die von den hiesigen Bäckern beschlossene Herabsetzung des Brotkreises um 5 M. den gegenwärtigen Getreide- und Mehlprennen keineswegs.

Die Benennungsgebühr des Reisesaals der Universitätsbibliothek (s. Kaiser Wilhelm-Bibliothek) ist von 2 auf 3 M. für das ganze Jahr erhöht worden.

Vollständig wissenschaftliche Vorträge. Die Dienstagssitzung von Dr. Beckmann über Kant's Grundlegung zur Metaphysik der Sitten beginnt nicht um 8 Uhr, wie in der gestrigen Ausgabe der Zeitung irrtümlich angegeben wurde, sondern um 7 Uhr.

Zdzisław Jahnke, der bekannte Geigenkünstler, gibt demnächst in Poznań ein eigenes Konzert.

Vom friedlichen Zusammenleben. Im Strand Café am plac Wolności sahen am Montag abend fünf Herren und eine Dame, die sich in deutscher Sprache miteinander unterhielten. Alle se beim Kellner eine Bestellung machten, rissen drei am Nebentisch stehende Herren, offenbar aus Kongresspolen, den Kellner zu sich heran

und sprachen auf ihn ein, wobei die Deutschen deutlich den Say hörten: „Geben Sie Ihnen doch Gist statt Essen.“ Darauf kam der Geschäftsführer zu den Deutschen und sagte, er müsse es zu seinem großen Bedauern ablehnen, sie bedienen zu lassen. Die Deutschen verließen das Lokal, ohne etwas bestimmen zu haben.

* Bromberg. 24. Oktober. Die Stadtverordnetenwahlen für die Stadt Bromberg einschließlich der eingemeindeten Vororte, finden erst am Sonntag, dem 11. Dezember, statt.

* Nowrozel. 22. Oktober. Heute nacht haben wieder Elemente die das Tageslicht scheuen, die Schaukeln ein geräuscherliches Geschäft, die jüdischen Münzburger gehörten, mit schwarzer Farbe beschmiert.

Sport und Jagd.

Pferderennen in Lawica.

R. Poznań, 25. Oktober. Anfolge des stürmischen unerträglichen Wetters war das Sonntagsrennen in Lawica nicht so stark besucht wie die früheren Rennen. Gleichwohl bot der Rennsport am Sonntag manche interessante Momente. Dazu gehört in erster Linie der Sieg Montesquieu des Grafen Brzustki über Wonder des Herrn Janowsk. Sehr hübsch war auch die Steeplechase gentlemen auf 4000 m. Den ganzen Tag führte Elita unter seinem Besitzer Rittmeister Perelszki und es schien, daß ihr Sieg sicher sei. Schließlich mußte auf den Erfolg des Stables Mielochski im Handicap hingewiesen werden. Es wurde von 2:1 durch Elita gewonnen, die in Iwona geboren wurde. Die Einzelergebnisse des Sonntagsrennens waren folgende:

1. Flachrennen Preis 16 000 M. Entfernung 1100 m, für zweijährige Pferde; Graf Mielochski Matula nach Hyman mit Ma-

odina; Józef Krusko 54 kg und dessen Bridge Józef Bryk 56 kg.

2. Flachrennen 16 000 M. 3200 m für 3-jährige und ältere Pferde; Rittmeister Perelszki auf Alma 80 kg 1. Graf Brzustki Favorit Oberleutnant Gromczakiewicz 72 kg 2. Es liegen 3 Pferde. Tot. : 20-25.

3. Flachrennen 25 000 M. 2200 m für 3-jährige und ältere Pferde; Graf Brzustki 5. 1. Montesquieu nach Iwala und Miss Nollen. Oberleutnant Gromczakiewicz 72 kg 1. Szczecinek Janowski 5. 1. Wonder Rittmeister Starzeński 54 kg 2. Es liegen 4 Pferde. Tot. : 20-90 und 20-80. 25.

4. Steeplechase Gentleman 16 000 M. 4000 m für 4-jährige und ältere; Graf Garnecki 5. 1. Iwala nach Adam mit Zwina Oberleutnant Studziński 76 kg 1. Rittmeister Perelszki Elita mit Eigentümer 82 kg 2. Es liegen 3 Pferde. Tot. : 20 : 30.

Flachrennen, Handicab 22 000 M. 1400 m für 2-jährige und ältere; Graf Mielochski 2:1 Elita nach Hyman mit Girosta. Rosat Tudorka 54 kg 1. dessen Ryklafe Rosat Rykla 70 kg. 2. Es liegen 4 Pferde. Tot. : 20-25 und 20-20-25.

5. Flachrennen 18 000 M. 2400 m für dreijährige und ältere; Graf Czartniewski 4. 1. Vereina nach Namasteum mit Bermuda Oberlin. Bilewski 74 kg und Graf Brzustki 4-1. Ala Oberlin. Bromczakiewicz 71½ kg 2. Tot. : 20 : 20.

6. Steeplechase Gentlemen 20 000 M. 5000 m für vierjährige und ältere Pferde. Rittmeister Starzeński Jimus 75 kg.

7. Steeplechase Gentlemen 20 000 M. 4000 m für vierjährige und ältere, hämische Schles Garda Oberlin. Bilewski 76 kg 1. Oberlin. Gromczakiewicz, Eigentümer Józef 75 kg 2. Es liegen drei Pferde.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Goeneweld.

Beraterwörthlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Goeneweld; für Polizei, Handel, Kunst und Wissenschaft: Rudolf Herkertmeier; für den Auslandshandel: M. Grunbaum; Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Klemisch in Bonn.

Spielplan des „TEATR WIELKI“

M. Poznania

Dienstag, den 25. 10. um 7½ Uhr: „Liebestand“. Oper von d'Alberto.
Mittwoch, den 26. 10. um 7½ Uhr: „Mignon“. Oper von A. Thomas. (25% Preiserhöhung).



Geldschrank

für 75 000 M. umständelos zu verkaufen. Brandt, ulica Jana 18, Hof. (3576)

Stellenangebote

Wir suchen zum sofortigen Amtseintritt (3556)

1 Höflicher Gesellen.

Wohnung vorhanden, Hermann Hein Söhne, Leżewo.

Lausbursche

wird für sogleich gesucht.

Zu melden bei der Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“, Poznań, Ulica Zwierzyniecka 6.

Geucht wird zum 16. November d. J. deutscher (3562)

Wirtsch.-Assistent, ferner zum baldigen Amtseintritt deutscher **Obermüller,** der mit Dampfmaschine und elektrischer Licht- u. Kraftanlage Beleidet weiß und eigenes Handwerkzeug besitzt. Angeb. an G. Krüger, Mlada (Mühlengrub). Mogoźno.

Wir suchen per sofort oder später

1 Banklehrling sowie **1 Bankbeamten(in),**

bürokratischer, vertraut mit allen buchhalterischen Arbeiten, möglichst per sofort bei gutem Gehalt. Ges. Zuschriften mit Angabe von Bankkommandite Hugo Fechner & Co., Danzig, Hundegasse 43. (3573)

Zuverlässige

Zeitungsausleger gesucht.

„Posener Tageblatt“, ulica Zwierzyniecka 6.

Gesucht zum 1. Januar oder 1. April evangel. musikal.

für 2 Mädchen (Alter 7 und 9 Jahre). Bild u. Zeugnisse einsenden. (3560)

Elijah Schramm, geb. Freiin von Neizwitz,

Jordanowo bei Błonie kujawskie.

Gebildete Dame od. Fräulein,

Deutsche, zur Unterstützung der leidenden Hause. Niedungen an Kontrollinstanz Buchholz, Mogilno.

Cukrownia Szamotuly (Zuckerfabrik Samter) sucht

sofortigen Eintritt ein. erah. und routiniert. (3565)

Buchhalter(in).

Gesuche mit Lebenslauf und Beifügung von Zeugnissen sind an die Direktion der Zuckerfabrik zu richten.

Am 23. Oktober entschließt nach kurzem Leiden unsere liebe, treuherzige Mutter,

Wwe. Frau Marie Schimkat,
geb. Koch,
im Alter von 53 Jahren.

In tiefer Trauer:

Die hinterbliebenen Kinder
Albert, Charlotte, Margarete Schimkat.

Poznań, ul. Piłsudskiego, den 25. 10. 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Schilling-Friedhofes aus statt. (3578)

Am 22. Oktober, früh 2½ Uhr entschließt nach schwerem Leiden unsere liebe, herzensgute Mutter

Wwe. Frau Emma Plunkle,
geb. Gebauer,
im Alter von 59 Jahren.

In tiefer Trauer:

Otto Plunkle,
Frieda Plunkle.

München, Poznań, ul. św. Józefa 2,

den 25. Oktober 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 27. d. Mts., nachm. 8½ Uhr von der Leichenhalle des evangel. Diakonissenhauses aus nach dem neuen Pauluskirchhof statt. (3577)

Einladung

zur

außerordentlichen Generalversammlung
am Freitag, dem 4. November d. J., vormittags
11½ Uhr im Sitzungssaale der Wielkopolska
Izba Rolnicza, Mickiewicza 33.

Lageordnung:

1. Statutenänderungen, namentlich:
a) §§ 10 und 12, Erhöhung der Vertragsstrafe.
- b) § 40 Verpflichtung der Genossen zur Übergabeung ihrer Rechte und Pflichten gegenüber den Genossenschaft auf ihre Nachfolger. Einführung einer Vertragsstrafe.

2. Bericht über die Lage des Gewerbes.

3. Bearbeitung von Mais und Mehlasse.

4. Freie Anträge.

Poznańska Spółka Okowiejana

Spółdzielnia zapisana z ograniczoną odpowiedzialnością
w Poznaniu

Spiritus - Vermehrungs - Genossenschaft.
v. Zychlinski. v. Treskow. v. Chłapowski.

Für zahlungskräftige Käufer suche ich sofort noch einige möglichst günstige Böden u. gute Gebäude, außerdem 2 große Güter, möglichst mit Wald.

Viele Empfehlungen u. Anerkennungen kann ich von allen, die bis jetzt durch mich verkauften, beiwohnen. So vorzügliche Zustellung der Ausstellung mit genauer Angabe d. Preises erb. Kultur- u. Vermessungs- technisches Bureau Oskar Schmidt, Poznań, ulica Jasna 5.

für kapitalkräftige Käufer
Landwirtschaften, Güter, Geschäfts- und Fabrikgrundstücke, Hotels, Villen, Geschäfte usw. gesucht. Auszahlung gleichwohl. keine Beschreib. u. Preisang. erforderl.

Biuro Komisowe
A. Paczkowski,
Poznań, Stary Rynek 9.

Zu verkaufen: 2 Göpel mit Breitdrescher und Häckselmaschine, 2 Rübeneheber, Zeller-eggen, Motorpslug (Stoc), Erzähleile, versch. landw. Maschinen u. Geräte.

Anfragen an Dom. Asiażek, pow. Śrem.

Pferdehaarre, Schnitt- u. Stutzhaarre vom Schwanen leb. Pferde, gebündelt, kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreisen. Ostert. an Werkmeister Kretzschmar.

200 prima Scheuertücher, Größe ca. 60/60 cm, d. Stück mit 5.75.

Ausführsel ab Kreuz. Gildegen unter Nr. 10706 an Manoncenbureau „par“. Franciszka Ratajczaka 8

Posener Sprachführer. Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu besiehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von 25 Marek als Einschreibung direkt vom Verleger:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Heft aus Süßerei sein in der Hand desjenigen, die polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Polen nicht auskönnen können und häufig müssen, sich den ihnen verständlichen Straßenschilden auf den Straßen und Gastwirtschaften. Es soll in den Straßenschilden, in den Geschäften und Gastwirtschaften, die mit den polnischen Schilden übereinstimmen, das neue polnische Schild anbringen, das den hier lebenden Bürgern der Deutschen Verständnis erleichtern wird und das aus vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Ausländer hier und die Einwohner hier Geschäft in Polen für sie verbunden ist.

NEUHEIT!!! „URGLOS“ Keine Kohlensorge mehr, wer sich einen kleinen transportablen Ofen frühzeitig besorgt. — Bestellungen werden bei B. Urbanowicz, Poznań, ul. Dąbrowskiego 24, entgegengenommen

Zum Export

suche ich größere Quanten besäumter kleinerer

Bohlen

in verschiedenen günstigen Abmessungen, auch alle Men- gen Schnittholz wie

Mundholz

und erbittet umgehende Offe- ren, da ich mit günstigen Be- dingungen dienen kann.

E. Seboen, Nachfolger,

Poznań, Starowa 3. Tel. 3700. Filiale in Berlin.

Schaukästen

schnell zu kaufen ges. Zellit. Haideg, sw. Marcin 62.

Kolonialwaren, Feinkost, Destillation,

Bierstube, 2 zusammenliegende Geschäfte, glänzende Existenzen, Stadt 20 000 Einw. schönste Bismarck-Wohnung, versch. Preisen. Zur Übernahme ca. 90 000 Mark erforderlich. Antragen nur von Kaufhäusern un. o. t. 3571 an d. Gesch. d. Bl. erw.

Pflug

ca. 5 Schritt. System Benzin. Antihallonen. für schwere Böden wenig gebraucht, einschließlich 1 neuer Kast. Adipetum, verkauft ab hängendem Lager

E. Miłowski, Poznań,

ul. Szamarzewskiego 24 Tele